

zweideutige Politik vom ersten Tage an getrieben, bis sie jetzt offen als Wegbereiter der deutschnationalen Politik hervortreten. An sie wird man sich in erster Linie zu halten haben für alle die Folgen, die eintreten. Es ist kein Wunder, wenn sie sich heftig gegen eine Reichstagsneuwahl sträben, heftiger noch als die Deutschnationalen, denn ihre Partei an den Volksinteressen würde ihnen am Wahlausfall spürbar werden. Sie wissen genau, daß sich im Volke seit dem 4. Mai ein starker Meinungsumschwung vollzogen hat, den zum Ausdruck kommen zu lassen, das Gebot der Stunde ist. Die Wählerschaft soll entscheiden, ob der Rechtsfurs in Deutschland eingeschlagen werden soll, nicht die beiden Parteien des politischen Betruges.

Ob Zentrum und Demokraten die Kurschwankung mitmachen werden, steht noch dahin, vorläufig sieht es nicht danach aus. So fordert Reichstagsabgeordneter Erkelenz, der zweite Vorsitzende der demokratischen Reichstagsfraktion, in der nächsten Nummer der „Hilfe“ die Deutsche Volkspartei auf, den Deutschnationalen bei der Erörterung ihres Eintritts in die Reichsregierung folgende sieben Fragen vorzulegen: 1. Ehrennen Sie die Weimarer Verfassung an? 2. Sind Sie bereit, jede gewalttame Widerung der Weimarer Verfassung abzuwehren und alle Mittel der Staatsgewalt gegen Verfassungsverbrecher anzuwenden? 3. Sind Sie bereit, die Londoner Abmachungen als die Grundlage für die deutsche Außenpolitik anzuerkennen? 4. Sind Sie für eine demokratische und nationale Außenpolitik Deutschlands im Rahmen des Völkerbundes? 5. Sind Sie bereit, jegliche Förderung der verfassungsfeindlichen Organisationen zu unterlassen? 6. Sind Sie bereit, den Ausbau der Reichswehr als einer verfassungstreuen republikanischen Wehrmacht zu fördern? 7. Sind Sie bereit, Verfassungsmachungen der Verfassung und der verfassungsgemäßen Einrichtungen im Rahmen der bestehenden Gesetzgebung entschieden zu bekämpfen? Erst nach Beantwortung dieser Fragen könne man beurteilen, was der Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung inner- und außenpolitisch bedeuten würde.

Diese Fragen würde nicht einmal die Deutsche Volkspartei klipp und klar beantworten, geschweige denn die Deutschnationalen. Das Ergebnis der neuen Aktion, das kann jetzt schon gesagt werden, wird zunächst eine beträchtliche Steigerung des Wirtswarts in den bürgerlichen Parteien sein. Das auswärtige Echo auf den beobachteten neuen Kurs wird aber auch nicht ausbleiben.

#### Beschluß des deutschnationalen Vertreterrates.

Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei ist ebenso wie die Vertreterinnen der Landesverbände einstimmig gewillt, die Geschlossenheit der Partei zu wahren. Nachdem der Reichstag die auf dem Londoner Abkommen beruhenden Gesetze angenommen und somit zur rechtlich bindenden Norm, die der Durchführung bedarf, gestaltet hat, ist es Pflicht der Partei, sich Einspruch auf die Auslegung, Handhabung und Verbesserung der Gesetze zu verschaffen. Die Parteivertretung billigt deshalb, daß die Reichstagsfraktion sich den von dem Herrn Reichskanzler Marx in Aussicht gestellten Verhandlungen über die Befestigung der Deutschnationalen an der Regierung nicht versagt.

#### Verhandlungen mit den Parteien.

U. Berlin, 30. September. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird Reichskanzler Marx, sobald die Verhandlungen mit den Parteiführern aufgenommen, die Verhandlungen über die Frage einer Erweiterung der Reichsregierung werden zunächst sowohl nach rechts, als auch nach links, geführt werden. Die Befreiungen, die Mittwoch ihren Anfang nehmen, werden voraussichtlich die ganze Woche in Anspruch nehmen. In der nächsten Woche werden dann die Reichstagsfraktionen zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Als erste der Reichstagsfraktionen hat die demokratische für Dienstag, den 7. Oktober, eine Sitzung einberufen. Der Vorsitzende der Partei, Koch, der in Italien weilte, ist wegen der bevorstehenden Parteiführerbesprechungen von der demokratischen Parteileitung telefonisch zurückberufen worden.

#### Die Pressezum deutschnationalen Versprecherlag

SPD, Berlin, 1. Oktober. (Radio.) Zu dem parteiinternen Bericht über den deutschnationalen Vertretertag und der dort gesuchten Entschließung schreibt heute morgen der Vorwärts: „Bestände die Deutschationale Partei aus Männern und nicht aus erbärmlichen Gelehrten, so hätte sie selbst die Notwendigkeit einer öffentlichen Aussprache empfunden. Sie hat eine streng vertrauliche Beratung vorgenommen, weil sie die Differenzialität über die Zustände in der Partei nicht austüllen, sondern täuschen will. Sie weiß, daß sie über diese Dinge keinen klaren Wein einschmecken kann, ohne den Gegnern des Eintrittes in die Regierung tausend Argumente zu liefern. Da sie in diesem Augenblick ihr Gesicht nicht offen zeigen kann, versucht sie, sich mit vorgebundener Maske in die Regierung hineinzuschwindeln.“

So viel nun auch die Vertreter dieses Vertretertags gefiebert sein mögen, so wird doch kein Mensch glauben, daß das Verbündete Herzen in der Führung und die Annahme der diplomatisch gefestigten Entschließung seiner allgemeinen Auffassung entspricht. Er wird es um so weniger glauben, wenn er weiß, daß der Text vorher zwischen dem volksparteilichen Kreiselschreiber Japf und Gutzlau auf der einen Seite und dem Herrn v. Lindheimer von der deutschnationalen Parteileitung auf der anderen Seite genau ausgetauscht worden ist. Der offizielle Bericht sagt auch nicht, daß die Entschließung etwa einstimmig angenommen worden sei, man darf also mit moralischer Bestrafung konstatieren, daß es Lügen gibt, vor denen sogar die Deutschnationalen zurücktreten.

Wie werden sich die Dinge nun weiter abwickeln? Eine Korrespondenz berichtet, — und wir haben Grund, ihre Annahme sehr richtig zu halten, — daß der Reichskanzler Marx bestätigt, nicht nur nach rechts, sondern auch nach links, also nicht nur mit den Deutschnationalen, sondern auch mit den Sozialdemokraten über die Erweiterung der Regierung zu verhandeln. Die Befreiungen sollen schon heute beginnen, und würden voraussichtlich eine ganze Woche dauern. Dann sollen die Fraktionen zu dem vorläufigen Ergebnis Stellung nehmen. Die demokratische Reichstagsfraktion hat bereits in Borausicht des Kommenden für den 7. Oktober eine Sitzung anberaumt.

Zu demokratischen Kreisen will man wissen, daß Herr Marx es entschieden ablehnt, sein Kabinett unter Ausklopf der Demokraten umzubilden. Das Bestehe, die Deutschnationalen in die Regierung hineinzuziehen, kommt aber einer Hinausbürgierung der Demokraten aus der Regierung gleich. Folgt das Zentrum dem Beispiel des Reichskanzlers, so muß es gleichfalls die Bildung einer Regierung mit den Deutschnationalen ohne die Demokraten ablehnen und der Bürgerblock hätte dann die Mehrheit des Reichstags gegen sich. Eine nur aus den Rechtsparteien ohne Zentrum gebildete Regierung müßte am ersten Tage fallen, kommt also von vornherein nicht in Betracht.

So hat die Volkspartei, die berufsmäßige Krisenmacherin, die deutsche Politik wieder einmal ins Chaos geführt, ohne einen Weg zu zeigen, der aus ihm herausführt. Das Theater, das wir in den nächsten paar Wochen erleben werden, wird zum Eklatreien schön sein. Macht doch lieber gleich die Bude zu und lädt das Volk einzuhören.“

SPD, Berlin, 1. Oktober. (Radio.) Die von der deutschnationalen und der volksparteilichen Parteileitung vereinbarte Entschließung des deutschnationalen Vertretertags ist mit 273 gegen 35 Stimmen angenommen worden. Die Opposition konnte keine hohe Stimmenzahl auf sich vereinigen, da die Meinung vorherrschte, der Eintritt in die Regierung sei der letzte unvermeidliche Versuch, die

Partei vor dem Zerschlag zu retten. Es hat also keine grundsätzliche, sondern nur eine taktische Entscheidung stattgefunden. Die Zustimmen sind keinesfalls als Anhänger einer Neuerierung der deutschnationalen Politik anzusehen. Zum Teil rechnen sie auch darauf, daß der Bürgerblock nicht zustande kommen und dann die von ihnen vertretene schärfste Richtung ans Rader kommen wird.

#### Abgehalstert.

SPD, Max Mautnerbacher, der bisherige Chefredakteur der Deutschen Zeitung, ist von seinem Posten zurückgetreten. Gründe dafür werden nicht angegeben, aber vermutlich ist Mautnerbacher von dem Diktator dieser Zeitung, dem aldeutschen Justizrat Claß, wegen des Verdachts der Sympathie für die Deutschnationalen herausgeworfen worden. Es heißt zwar, daß er als Mitarbeiter ebensoviel oder noch mehr wie bisher für das Blatt schreiben werde, aber diese Schönheitspflichten kennt man ja.

Auch in der Redaktion der Zeit, des Parteorgans der Deutschen Volkspartei, trifft es. Der Chefredakteur Spieck ist von seinem Posten zurückgetreten. Ueber die Gründe wird nichts gesagt, aber auch Herr Spieck bekommt das Schönheitspfaster des zukünftigen ständigen politischen Mitarbeiters“. Zwischen den Redakteuren der Zeit und dem Verleger bestehen wegen der Herausleitung des Herrn-im-Hause-Standpunktes seit längerer Zeit Differenzen.

#### Die Völkerbundsversammlung.

SPD, Genf, 30. September. Die Vollversammlung des Völkerbundsrates hat nach dem Bericht Murray das Angebot Italiens angenommen, das in Rom das Privatrechtsinstitut zur Verfügung stellt. Ebenso wurde die Pensionsvorlage für die Mitglieder des ständigen Gerichtshofs angenommen. Der Rat nahm am Dienstag den Bericht de Jouvenel über die Arbeiten der geistigen Kooperation entgegen und faßte eine Resolution, die den Generalsekretär ermächtigt, mit den Staaten über die Schaffung weiterer Institute für geistige Forschung zu verhandeln, ebenso für den gegenseitigen Austausch wissenschaftlicher Publikationen, ferner einen Appell zugunsten der geistigen Arbeit Ungarns. In der Frage wurde von dem türkischen und englischen Delegierten erklärt, daß ihre Regierungen sich im Voraus verpflichten, die Nautsentscheidung anzunehmen. Der Rat wird eine dreiflügelige Spezialkommission ernennen, die genaue Erhebungen vornehmen soll. Die Kosten tragen beide Gegner, die bis zur endgültigen Entscheidung auf jede militärische Tätigkeit an der strategischen Grenze verzichten. Wenoch verfasst dann ein Memorandum des Generalsekretärs zur Abschlußfrage, in dem der Rat erachtet wird, den Begriff der verbündeten Souen für die Waffeneinführung zu präzisieren, wie sie in die Konvention von St. Germain aufgenommen wurde. Nordamerika hat zugesagt, die Einladung für die internationale Christungskonferenz anzunehmen.

SPD, Genf, 30. September. Der Völkerbundsrat hat am Dienstagmittag eine kurze Sitzung abgehalten. Es wurde eine Resolution angenommen nach einem Bericht von Nansen, die die Organisation des Hilfswerkes zugunsten der russischen und armenischen Flüchtlinge dem Internationalen Arbeitsamt übertragen. Dr. Nansen soll in Gemeinschaft mit dem Arbeitsamt das Hilfswerk durchführen. Die Versammlung hat schon früher eine Entscheidung des Rates gebilligt, daß noch ein neuer Hilfsfonds von 200 000 Franken zur Verfügung gestellt wird, der ausschließlich dazu dienen soll, um das Verwaltungswerk für die Durchführung dieser Arbeit zu sichern. Außerdem wurde die Möglichkeit der Schaffung einer nationalen Zufluchtsstätte der armenischen Flüchtlinge im Kaukasus oder in andern Gegenben einer Studienkommission zur näheren Ausarbeitung überwiesen.

#### Beilegung des japanischen Zwischenfalls.

SPD, Genf, 30. September. Der japanische Zwischenfall, der hier große Aufsehen erregte und eine Zeitlang die Arbeiten des Protolls ernstlich gefährdet, hat am Dienstag mit einer Kompromißformel sein Ende gefunden. Man hat den beiden streitigen Artikeln 5 und 6 des Protolls eine Ergänzung hinzugefügt, die den Wünschen der Japaner, wenn auch nicht ganz, so doch einigermaßen, entgegenkommt. In der neuen Fassung heißt der Artikel 5, der die Kompetenzen der einzelnen Staaten bei Streitfällen betrifft, die nach Entschluß des Gerichtshofes oder des Rates als innere Angelegenheiten angesetzt und deshalb ein Eingreifen des Rates ausgeschlossen werden: Wenn der Streitfall vom Gerichtshof oder vom Rat als eine Angelegenheit betrachtet wird, die ausschließlich der eigenen Gerichtsbarkeit des betreffenden Staates untersteht, so soll diese Entscheidung doch auf keinen Fall daran hindern, daß die durch den Streitfall geschaffene Situation nochmals von dem Rat oder von der Versammlung, entsprechend Artikel 11 des Paktes, nachgeprüft wird. Dieser Passus ist neu hinzugefügt worden. In dem Artikel 6, der feststellt, wer Angefeiert sei, ist jetzt neu aufgenommen worden, daß jeder Staat als Angefeiert bezeichnet wird, der sich einer schiedsgerichtlichen Entscheidung nicht unterwirft, die feststellt, daß der Streitfall, der sich zwischen ihm und einem anderen Staat erhoben hat, eine Frage ist, die nach der Entscheidung des internationalen Rechts der ausdrücklichen Kompetenz dieses Staates untersteht. Neu hinzugefügt ist jetzt jedoch: In diesem letzten Fall soll der Staat nur dann als Angefeiert bezeichnet werden, wenn er nicht vorher die Streitfrage dem Rat oder der Versammlung, entsprechend Artikel 11 des Paktes, vorgelegt hat.

Die Völkerbund-Vollversammlung wird am Mittwoch vorzeitig und nachmittags Sitzungen abhalten und die große Debatte über das Protoll eröffnen. Man rechnet mit einer Dauer der Debatte bis Donnerstag vormittag. Politis, Venesch und Briand werden als Vorsitzender für das Protoll sprechen.

Man kann jetzt mit einem Schlus der Tagung am Donnerstagabend rechnen.

#### Vor dem Abschluß der Londoner Unlehrverhandlungen.

Berlin, 1. Oktober. Der Reichsfinanzminister Dr. Ruthen wird sich heute noch London begeben. Die Verhandlungen, die in London über den Abschluß der Unlehrverhandlungen geführt werden und an denen auch der Reichsbahnpräsident Dr. Schacht teilgenommen hat, sind so weit gediehen, daß mit einem unmittelbaren Abschluß gerechnet werden kann.

#### Gründung der Bank für Industrieobligationen.

SPD. In Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers Dr. Hamm wurde am Dienstagmittag die im Dawesplan vorberechte Bank für Industrieobligationen im Reichswirtschaftsministerium gegründet. Von der Reichsregierung wurden als Aufsichtsratsmitglieder bestellt: Staatssekretär Dr. Trenckenhagen vom Reichswirtschaftsministerium, Ministerialdirektor Ball vom preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Ministerialrat Dr. Dorn vom Reichsfinanzministerium, das gehörende Mitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Böhmer, Professor Dr. Flechtheim, Reichsamtmann Bammer und Paul v. Schwabach. Von den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern sind bisher nur die von der Reparationskommission zu ernennenden drei ausländischen Mitglieder bestellt worden. An dem Gründungstag, den der Reichswirtschaftsminister mit einer Ansprache eröffnete, nahmen der von der Reparationskommission zum Treuhänder für die Industrieobligationen bestellte italienische Staatsangehörige Rogara sowie Herr Robinson als Vertreter des Reparationsagenten teil.

Der bisherige Reichsverleihminister Oeser hat wegen seiner Wahl zum Generaldirektor der Reichsbahn sein Mandat als preußischer Landtagsabgeordneter niedergelegt. Für Oeser tritt Actor Sommer (Magdeburg) in den Preußischen Landtag ein. Der Reichstagsabgeordnete Klöpffer (Berlin), der dem

Verwaltungsrat der Reichsbahn angehört, wird ebenfalls sein Mandat niederlegen, ebenso sein Mandat im Preußischen Staatsrat.

#### Die deutschen Reparationszahlungen.

Die erste Oktoberrate von 14 Millionen Goldmark bereitgestellt. U. Berlin, 30. September. Die für den Monat September gemäß dem Londoner Abkommen zu leistenden Reparationszahlungen in Höhe von 83 Millionen Goldmark sind nicht nur pünktlich geleistet, sondern sogar überschritten (!) worden, so daß ein beträchtlicher Überplus erzielt worden ist. Die Totalsumme von 83 Millionen steht sich aus den beiden Zahlungen der deutschen Regierung von zusammen 40 Millionen Goldmark, den Einnahmen aus dem Recovery Act und von der Regie, sowie den deutschen Zahlungen an die Besatzungsmächte zusammen. Nach Mitteilungen desstellvertretenden Generalstaatsrates für Reparationszahlungen ist der am 1. Oktober fällige Reparationsbetrag von 14 Millionen Goldmark bereitgestellt. Nach Meinung des Herrn Dawes liefern diese Zahlungen einen weiteren Beweis für das erfolgreiche Arbeit des Dawesplans.

#### Um die 26prozentige Abgabe.

U. Paris, 1. Oktober. Gestern nachmittag hat Herrriot an den deutschen Geschäftsträger eine Note überreichen lassen, die erneut die Auffassung der französischen Regierung in der Frage der 26prozentigen Einfuhrabgabe darlegt. Herrriot bestreitet entschieden, daß diese Abgabe den Bestimmungen des Dawes-Plans widerspreche. Die französische Note ist als eine Antwort auf die Protestnote aufzufassen, die der deutsche Geschäftsträger in der vergangenen Woche am Day d'Orsay überreicht hat.

U. Paris, 1. Oktober. Der Bellseeler Temps-Korrespondent bestätigt, daß der belgische Ministerpräsident grundsätzlich die Abgabe der 26prozentigen Abgabe auf deutsche Einfuhrgegenstände beklagt hat. Ein Dekret hierüber wird kraft eines 1920 angenommenen Gesetzes demnächst erscheinen. Vorläufig ist noch die Form der Erhebung an der luxemburgisch-deutschen Grenze zu regeln. Die Maßnahme wird innerhalb der ersten Oktoberhälfte in Kraft treten. Beginn der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen.

SPD, Paris, 30. September. Die deutsche Handelsdelegation ist am Dienstag nachmittag und abend in 2 Gruppen in Paris eingetroffen. Die Eröffnungssitzung der deutsch-französischen Verhandlungen für den Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den beiden Ländern findet am Mittwoch nachmittag um 2 Uhr im Auswärtigen Amt unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Herrriot statt. Die weiteren Verhandlungen werden dann im Handelsministerium stattfinden.

#### Ergebnislose französisch-belgische Verhandlungen.

U. Paris, 1. Oktober. Die bisherigen zwischen Belgien und Frankreich gepflogenen Verhandlungen über die Anpassung der gegebenen Zollsätze verließen resultlos.

#### Die Marinekontrollkommission aufgelöst.

Berlin, 30. September. Habenlich wird gemeldet: Da alle Abriegelungsfragen, soweit sie sich auf die Marine allein beziehen, erledigt sind, wird die Interalliierte Marine-Kontrollkommission laut Besluß der Vollstaatenkonferenz vom 30. d. M. aufgelöst. Im Laufe der vergangenen Woche sind von der Interalliierten Militärkontrollkommission das Reichswehrministerium, die Städte der Wehrkreiskommandos I, II und III und der 3. Kavallerie-Division, einige Truppenteile in Schweidnitz, Stettin und Swinemünde, ferner Befestigungs-, Befestigungs- und Zollämter und die Polizei einiger Regierungen sowie Fabriken besichtigt worden. Die Prüfungen sind reibungslos verlaufen.

#### Der Inhalt des Memorandums.

SPD, Paris, 30. September. Unter Betonung des vertraulichen Charakters des am Montagnachmittag vom deutschen Botschafter dem französischen Ministerpräsidenten überreichten Memorandums hebt der Temps hervor, daß das deutsche Dokument in gemäßigten Ausbildung gehalten sei und daß es weniger einen genauen Fragebogen als ein nuanciertes Exposé derjenigen Punkte bilden, über die die Reichsregierung Auskünfte erhalten möchte, bevor sie einen Zusatzantrag stellt. Deutschland spricht darin die Hoffnung aus, daß es wie die anderen Großmächte behandelt werde, d. h. daß es einen dauernden Sitz im Völkerbundrat erhalten. Das Memorandum erinnert daran, daß Deutschland mit Aufstand den Ratsprotokolltag abgeschlossen habe und erfuhr daher darum, daß sein Eintritt in den Völkerbund es nicht zwinge, gegebenenfalls, d. h. im Falle eines russisch-polnischen Konflikts, entweder gegen die Moskauer Regierung einzutreten oder durch Einführung seines Territoriums für den Durchmarsch von militärischen Kräften Polen gegen Aufstand unterstützen müsse. Die Reichsregierung spricht den Wunsch aus, daß die Sowjetregierung so bald als möglich in den Völkerbund zugelassen werde. Schließlich möchte die Reichsregierung wissen, ob der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund die Lösung gewisser Probleme erleichtern würde, wie z. B. der militärischen Kontrolle usw.

**Die Thüringische Regierung in Verlegenheit.**  
Das „Material“ gegen Doeck reicht nicht aus.  
Aus Weimar wird uns geschrieben: Nachdem am Donnerstag vorläufige Sitzungen abgehalten und die große Debatte über das Protoll eröffnet, hat der Botschafter die Revisionsberichte über die Staatsbank zugestellt werden lassen und die Regierung sich bereit erklärt hatte, dieselben so schnell wie möglich verabschließen zu lassen, hat sie plötzlich zu Beginn dieser Woche Bedenken bekommen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte auf Grund dieser Tafage auf Montagnachmittag ihre Mitglieder zu einer Fraktionssitzung zusammengezogen, um zu den Berichten Stellung zu nehmen. Da die Berichte jedoch bis Montagmittag noch nicht im Besitz der Ausschußmitglieder waren, fragte man beim Finanzminister an, ob die Fraktion die Berichte erhalten könnte. Der Herr Staatsminister Klüchhner teilte telephonisch jedoch mit, daß der Regierung inzwischen schwere Bedenken gekommen seien, die Berichte anzuhändigen. Von einem der Revisoren sei auf einen Punkt hingewiesen worden, der noch nachgeprüft werden müsse. Mit dieser Nachprüfung hat Herr Klüchhner die Rechnungskammer beauftragt.

Der Finanzminister sucht also nach neuem Material. Das bisherige reicht nicht aus, um den Juden und Sozialdemokraten Doeck auf die Stelle zu bringen. Dabei hat der Herr Minister dem Ausschuß mitgeteilt, daß in den Revisionsberichten schwere Verstöße gegen das Staatsbankgesetz festgestellt worden seien, auf Grund dessen er den Staatsbankpräsidenten Doeck, allerdings erst nach dessen Amtsniederlegung, seines Amtes enthebt hat. Herr Klüchhner bekommt es mit der Angst zu tun. Er löst weiter suchen, um den Strohalm zu finden, an dem er sich flattern kann. Es ist charakteristisch, daß man einen Beamten der Rechnungskammer mit der Revision beauftragt hat, der selber bei der Thüringischen Staatsbank, Filiale Altenburg, tätig war und den bisherigen Wissensstand des Staatsbankpräsidenten Doeck entstehen läßt. Bei einer vor Wochen stattgefundenen Besprechung hat Doeck bereits auf diesen Umstand, daß dieser Beamte unter Umständen an der Revision der Staatsbank teilnehmen könnte, hingewiesen.

Daher Herr Klüchhner eine oberfaul Sahe vertreibt, geht auch aus einer Aussierung hervor, wonach die ganze politische Union von Doeck selbst direktig herbeigeführt worden sei, um die Aufmerksamkeit von den Revisionsberichten abzuwenden. Diese Mitteilung kommt zweifellos aus dem Ministerium selbst, das damit bestätigt, die Differenzialität langsam auf den Zusammenhang des ganzen Rummels gegen Doeck vorzubereiten.